

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 14 M., im voraus zahlbar. Für Vorkasse nehmen (ämliche) Postanweisungen entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Memelgebiet sowie die übrigen deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 25 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 50b.

Die achtspaltige Annoncenzeile über deren Raum kostet 1.- M. einschließlich Annoncensteuer. Kleinanzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Annoncensteuer. Einzelne Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,25 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Klein-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1,00 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verfall der Zwangswirtschaft

Während des Krieges bildete Deutschland ein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet. Die Zusammenhänge mit der Weltwirtschaft waren zerrissen, die gesamte Wirtschaft wurde in den Dienst der Kriegsführung gestellt, der Staat erschien als Hauptkonsument und Hauptauftraggeber für Industrie und Landwirtschaft. Unter diesen Umständen war eine starke Einschränkung des Staates auf die Preise möglich. Trotzdem setzte sich das ökonomische Gesetz des Kapitalismus durch: Die Preisfestsetzung schloß hohe Profite für die Privaten ein.

Nach dem Kriege wurde zunächst die Kriegswirtschaft fortgesetzt. Unserer Forderung der Sozialisierung wurden neben der Wiederherstellung der freien Wirtschaft verschiedene Systeme der Planwirtschaft entgegengesetzt. Es zeigte sich aber, daß die staatliche Preisfestsetzung mit und ohne Selbstverwaltungskörper immer mehr versagte. Neben dem regulären Handel entwickelte sich das Schiebertum, das sich die Regelungen nicht im geringsten kümmerte. Auf vielen Gebieten erwies es sich überhaupt unmöglich, die Kontrollapparate zu schaffen, die für die Ueberwachung notwendig gewesen wären. Vor allem aber wollte man die Fortführung der Produktion, sowie die Erneuerung und Vermehrung der Produktionsmittel innerhalb des kapitalistischen Systems, so mußte man auch das Grundgesetz dieses Systems wanken lassen; ohne Profit wird aber nicht produziert, denn die Erzielung von Profit und nicht die Befriedigung des Bedarfs ist der Zweck der kapitalistischen Produktion. Dazu kamen noch die Folgen der Geldentwertung. Je größer die in den Verkehr gebrachte Notenmenge, desto rascher steigen die Warenpreise. Diese Steigerung ist aber nicht für alle Waren gleichmäßig, und am schwierigsten können die Arbeiter- und Gehaltsempfänger ihre Löhne den steigenden Preisen anpassen. Sie sind die eigentlichen Leidtragenden dieser ganzen Entwicklung gewesen, während die Besitzer der Produktionsmittel in Landwirtschaft und Industrie die Preise ihrer Produkte der Veränderung des Geldwertes sehr rasch anpassen vermochten.

Heute gibt es im wesentlichen nur drei große Gebiete, in denen die Zwangswirtschaft noch von Bedeutung ist. Das sind: die Getreidewirtschaft, die Mieten und die Kohle. Es ist charakteristisch, daß es sich dabei um drei Wirtschaftszweige handelt, wo in die Preisbildung als wesentlicher Faktor die Grundrente einfließt.

Darüber zunächst ein paar Worte. Geseht den Fall, zur Deckung des Kohlenbedarfes eines Wirtschaftsgebietes sei zu einer bestimmten Zeit ein Bergwerk erforderlich, in dem die Produktionskosten einer Tonne Kohle 80 Mark betragen. Die Kohle wird um 100 Mark verkauft. Dieser Preis reicht aus, um erstens die verbrauchten Produktionsmittel (Fördermaschinen, Schachtanlagen usw.), zweitens den Arbeitslohn zu ersetzen und drittens einen Profit von 25 Prozent — dies sei der Durchschnittsprofit — für das aufgewandte Kapital abzuwerfen. Wir wollen annehmen, daß von den 100 M. 40 zum Kapitalerfolg, 40 als Arbeitslohn und 20 als Profit dienen. Steigt nun der Kohlenbedarf, so muß ein neues Bergwerk in Angriff genommen werden. Dieses sei aber weniger ergiebig, es muß also ein größerer Aufwand an Maschinerie und Arbeit gemacht werden, um dieselbe Kohlenmenge zu produzieren. Die Förderung einer Tonne kostet jetzt nicht mehr 80, sondern 100 Mark. Der gesteigerte Bedarf aber hat eine erhöhte Nachfrage nach Kohle bewirkt und diese kann nur befriedigt werden, wenn das schlechtere Bergwerk die Förderung aufnimmt. Das wird geschehen, wenn der Kapitalist wieder den Durchschnittsprofit auf sein Kapital erhält. Die Kohle wird also auf 125 Mark steigen.

Die Besitzer der alten ergiebigeren Bergwerke erhalten jetzt über ihren früheren Profit von 20 M. hinaus einen Extraprofit von 25 M. Dieser Extraprofit stellt die Grundrente dar, eine Differenzialrente, weil sie aus dem Unterschied zwischen ergiebigeren und unergiebigeren Bergwerken oder in der Landwirtschaft zwischen fruchtbareren und unfruchtbareren Böden entsteht. Eine zweite wichtige Quelle der Differenzialrente ist die Verschiedenheit der Lage. Ein Bergwerk, das in der Nähe eines Erzlagars liegt, dessen Kohlen infolgedessen keinen kostspieligen Transport gebrauchen, erzielt einen Extraprofit gegenüber einem ungünstig gelegenen Bergwerke. Diese Unterschiede der Lage spielen eine Hauptrolle bei der Entstehung der städtischen Grundrente. Ein Haus im Zentrum des Geschäftsvorlebens gewährt seinem Eigentümer eine bedeutend größere Differenzialrente gegenüber einem Haus in der Peripherie. Ein Wald in der Nähe eines schiffbaren Flusses trägt eine hohe Rente gegenüber einem Wald im Gebirge usw. Ökonomisch wichtig ist nun, daß die Produktion im kapitalistischen System zwar nur fortgeführt wird, wenn sie den Durchschnittsprofit abwirft, daß aber die Höhe der Rente für die Produktion bedeutungslos ist. Der kapitalistische Pächter eines Bergwerks oder eines landwirtschaftlichen Gutes muß den Profit herauswirtschaften, die Rente aber geht als Pachtzins an den Besitzer. In England ist diese Trennung zwischen den kapitalistischen Produzenten und den Besitzern des Grundstückes am meisten entwickelt, aber auch in Deutschland erscheint die Grundrente in der Form des Hypothekenzinses, den der Besitzer zahlt, vererblich

Entwaffnung der bayerischen Orgesch

Endlich!

München, 6. Juni.

Der Landeskommissar für Entwaffnung der Zivilbevölkerung erläßt eine Bekanntmachung betr. die Waffenabgabe der Einwohnerwehr. Danach muß bis zum 10. Juni auf Grund des Ultimatums der Entente die Ablieferung der Geschütze und Maschinengewehre der Selbstschutzorganisationen, ferner bis 30. Juni die Ablieferung sämtlicher übrigen Waffen, die unter das Entwaffnungsgesetz fallen, sowie der zugehörigen Munition der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin amtlich angezeigt sein. Die bayerische Einwohnerwehr beschloß, die Entwaffnung freiwillig durchzuführen und die Ablieferung an die Reichstreuhandgesellschaft so rechtzeitig erfolgen zu lassen, daß die von der Interalliierten Militärkommission vorgeschriebenen Fristen gewahrt werden können. An die Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehren ergoht die Aufforderung, die in ihrer Hand befindlichen auf Grund des Entwaffnungsgesetzes abzuliefernden Militärwaffen nebst Munition nach Maßgabe der von der Leitung der Einwohnerwehren bereits bekanntgegebenen näheren Weisungen an ihre Organisation unverzüglich einzuliefern. Nichtbefolgung der Anordnung wird gemäß § 13 des Entwaffnungsgesetzes bestraft.

Die bayerische Regierung kommt mit dieser Bekanntmachung endlich ihrer Verpflichtung nach, gegen die sie sich so lange zum Schaden Deutschlands gewehrt hat. Wir machen aber zum wiederholten Male darauf aufmerksam, daß mit der Entwaffnung die Forderungen des Londoner Ultimatums keineswegs erfüllt sind. Ebenso wichtig ist die Auflösung der Organisationen der Einwohnerwehren, die mit dem gleichen Nachdruck verlangt wird und ohne die die Entwaffnung nur eine halbe Maßnahme bleibt. Es ist nicht einzusehen, warum die bayerische Regierung nicht gleichzeitig mit der Abgabe der Waffen auch die Auflösung der Einwohnerwehren verfügte. Es ist doch keine Zeit zu verlieren, denn mit dem gleichen Termin, an dem die Entwaffnung beendet sein muß, muß auch die Auflösung der Einwohnerwehren erfolgt sein. In Bayern ist man sich hoffentlich klar darüber, daß der geringste Verstoß gegen das Londoner Ultimatum die Entente zu neuen Straf-

maßnahmen ermächtigt und daß die Aufhebung der bestehenden Sanktionen völlig abhängig ist von der bedingungslosen Erfüllung des Ultimatums. Oder sollte das verderbliche Spiel Kahrts immer noch nicht zu Ende sein? Hofft er immer noch, durch besondere Verständigung die Entente von der Notwendigkeit der Einwohnerwehren zu überzeugen? Die Vorstellungen der englischen und französischen Geschäftsträger in München haben ihm doch die Augen darüber geöffnet, daß es keine Winkelzüge mehr gibt. Die Reichsregierung hat die dringende Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch in Bayern das angemessene Ultimatum dem Buchstaben und dem Geiste nach restlos erfüllt wird.

Waffenschmuggel in Baden

Die bevorstehende Auflösung der Einwohnerwehren wird von den Orgeschmugglern dazu benützt, möglichst große Waffensmengen beiseite zu bringen. In der vorigen Woche ist man im badischen Unterland einem großen Waffenschmuggel auf die Spur gekommen. Der Hauptmann a. D. Damm in Heidelberg wurde auf Veranlassung der Regierung verhaftet. Der Waffenschmuggel gab der rechtssozialistischen „Mannheimer Volksstimme“ Veranlassung zu einem Aufruf, in dem das Verstecken von Waffen als Landesverrat bezeichnet wird. Gleichzeitig richtet das Blatt an die Arbeiter die Aufforderung, auf die geheimen Waffentransporte genau zu achten und jeden Verdacht zur Anzeige zu bringen.

Dieser Aufruf bringt die deutschnationale P. T. in Kaserei, und auch die Organe der Volkspartei sind empört darüber. Die „Tägliche Rundschau“ zum Beispiel spricht von einer Selbstentmannung und zieht einen Vergleich zu der Zeit nach 1806. Auch damals seien überall Waffen versteckt worden, und eines Tages sei das ganze Volk aufgestanden und hätte die Fremdherrschaft abgeschüttelt.

Damit bestätigt die „Tägliche Rundschau“, daß die Waffenschmugglungen zum Zwecke eines neuen Revanchekrieges vorgenommen werden. Das sollte eine ernste Mahnung für die Regierung sein, rücksichtslos durchzugreifen. Mit solchen Redensarten und Verboten, die auf dem Papier bleiben, wird allerdings wenig an dem bestehenden Zustand geändert. Nur rücksichtslose Bestrafung der Schuldigen kann dem Waffenschmuggel der Militaristen Einhalt gebieten.

gegenüber dem Profit, der ihm nach Zahlung der Zinsen bleibt.

Nun war die Wirtschaftspolitik auch bei den sozialistischen Parteien im allgemeinen darauf gerichtet, die Zwangswirtschaft möglichst lange zu erhalten, um jene Preiserhöhungen zu verhindern, die die Folge ihrer Aufhebung sein müßten. Wir sind dieser Politik, die unter den gegebenen Verhältnissen durchaus erklärlich war, von Anfang an mit einer gewissen Skepsis gegenübergegangen, da wir sie auf die Dauer für undurchführbar hielten. Denn gegen die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft sprachen einmal alle kapitalistischen Interessen. Da das Proletariat aber nicht stark genug war, um die Sozialisierung durchzusetzen, so mußte damit gerechnet werden, daß schließlich die politischen Widerstände gegen die Zwangswirtschaft sich doch durchsetzen würden.

Dazu kamen die ökonomischen Schwierigkeiten. Das Zurückbleiben der Preise auf diesen Gebieten mußte zu den verschiedensten Unzuträglichkeiten führen. Zunächst zu allen möglichen Verzerrungen der Umgehung. Der Widerstand der Landwirtschaft, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, ist bekannt. Auf dem Gebiete der städtischen Mieten hat sich ein schamloser Handel mit sogenannten möblierten Wohnungen entwickelt, ein oft unerhörter Wohnungswucher, der die Durchführung der Zwangswirtschaft immer mehr gefährdet. Dazu kommen ökonomische Wirkungen, die durchaus unerwünscht sind. Stillstand der Bautätigkeit, da Neubauten bei solchen Mietpreisen nicht lohnen; Verringerung der landwirtschaftlichen Produktion durch Uebergang zu extensiven Betriebsformen; die dringend notwendige Erneuerung und Modernisierung der technischen Einrichtungen in unserem Kohlenbergbau, das Abteufen neuer Schächte wird unterlassen und die Besitzer der Bergwerke akkumulieren lieber in allen anderen Industrien, weil die Profite dort weitaus höher sind. So führt diese Art der Zwangswirtschaft, da die übrige Wirtschaft völlig frei ist, in den gebundenen Wirtschaftszweigen zur Einschränkung der Produktion, während gerade hier die Erweiterung von äußerster Wichtigkeit wäre.

Neben diesen Hauptnachteilen ergeben sich aber noch eine ganze Anzahl ökonomischer Widerinnigkeiten. Die Ermäßigung der städtischen Mieten kommt nicht nur der Arbeiterklasse und den ärmeren Schichten überhaupt zugute, sondern auch außerordentlich kapitalkräftigen Leuten, nicht nur den Inhabern großer Wohnungen, sondern auch denen geschäftlicher oder Bank-Bureaus, die Goldwertgewinne erzielen und Papiermieten zahlen. Die Verbilligung der Kohle betrifft nicht nur den Hausbrand, sondern ist ein Ge-

schenk an alle Industrien, dabei noch ohne Unterschied, ob es sich um lebenswichtige Zweige handelt, oder um den Kohlenbedarf der Filmindustrie, der Kinos und Bars oder anderer Luxusproduktionen oder Konsumtionen. Dazu kommt bei der Kohle, daß wir der Entente die 24 Millionen Tonnen Kohle zum deutschen Inlandspreis liefern müssen, was bei dem jetzigen Verhältnis von Inlands- und Auslandspreis ein Geschenk von etwa 400 Millionen Papiermark im Jahre bedeutet. Die Verbilligung des Getreidepreises erfordert außerdem Zuschüsse, die im letzten Jahre etwa sechs Milliarden Mark aus allgemeinen Steuergeldern erforderten, oder richtiger gesagt, um diesen Betrag die Notenausgabe vermehrten und die Geldentwertung mit allen ihren verderblichen Folgen gerade für die Arbeiterklasse steigerten.

Im allgemeinen läßt sich das Ergebnis dieser Zwangswirtschaft so zusammenfassen: die Grundrente wird der unterschiedslosen, sozial in ganz verschiedenem Maße leistungsfähigen Masse der Konsumenten geschenkt, so daß die Industrie in der Lage ist, ihre Profite auf doppelte Weise zu steigern. Einerseits, indem ihr das wichtigste Hilfsmittel zur Produktion, die Kohle, zu besonders niedrigen Preisen zur Verfügung gestellt wird, andererseits, indem die Niedrighaltung des Getreidepreises und der Mieten ihr erlaubt hat, den Lohn der Arbeitskraft besonders niedrig zu halten.

Kann man sich aber der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Zwangswirtschaft infolge des politischen Ansturms aller bürgerlichen Parteien zusammenbricht und daß sie aus ökonomischen Gründen eine schlechte Wirtschaftspolitik bedeutet, so ergeben sich für die Stellungnahme der sozialistischen Parteien bestimmte Folgerungen. Wir haben gesehen, daß für die Preisgestaltung auf den drei genannten Hauptgebieten die Grundrente wichtig ist. Es gilt jetzt, die Grundrente, die bei Ausschleichung an die Weltmarktpreise wieder voll in den Preisen in Erscheinung treten würde nicht den zufälligen Besitzern der Grundstücke und Bergwerke zufallen zu lassen, sondern sie für die Allgemeinheit mit Beschlag zu legen. Dies kann geschehen, indem man bei der Preiserhöhung so vorgeht, daß die erhöhten Preise dazu verwandt werden, um eine Hypothek zu verzinzen, die auf die Grundstücke und die Bergwerke eingetragen wird. Eine solche dauernde Belastung der Bodenwerte ist aber möglich, weil sie nichts anderes darstellt, als jene Hypothekenzinslast, die durch die Kriegsgewinne zum weitaus größten Teil gestiftet oder durch die Geldentwertung auf mehr als den zehnten Teil ihres Friedensbetrages herabgemindert wurde. Die Neuentscheidung der Grundrente darf nicht wieder eine Vererbungsquelle für die einzelnen Besitzer, sie muß für die Allgemeinheit

Haushaltsdebatte im Landtag

25. Sitzung, Montag, den 6. Juni.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die erste Beratung des Haushalts. — Es werden zwei Rednerreihen gebildet, von denen die erste dreiviertel Stunden, die zweite eine halbe Stunde sprechen wird.

Abg. Braun (Soz.): Im Mittelpunkt aller Politik stehen heute die finanziellen Fragen. Die preussische Finanzpolitik ist von der des Reiches ebenso wenig zu trennen, wie von der Reichspolitik überhaupt. Durch die Annahme des Ultimatums ist endlich Klarheit geschaffen worden, wenn auch eine niederdrückende Klarheit. Die moralische Enttötung gewisser Parteien gegen die Unterzeichner des Ultimatums ist gänzlich unangebracht, denn gerade diese Parteien haben durch ihre Kräfte- und Anknüpfungspolitik die jetzige Lage geschaffen. (Großer Lärm rechts.) Die schweren Lasten können nur behoben werden, wenn man die Ausgaben verringert und die Einnahmen vermehrt. Gewiß ist das ein schweres Exempel, aber man kann noch Erparnisse machen. So kann eine ganze Reihe von Kriegseinrichtungen, die Millionen kosten, ohne Schaden für die Allgemeinheit beseitigt werden. Darum sind z. B. im Reichswehrministerium noch 800 Menschen beschützt? Für ein Heer von 100 000 Mann ist eine Verwaltung in diesem Ausmaß doch überflüssig. Wir müssen fortan selbst erzeugen, was wir verzehren, und das können wir auch bei zweckmäßiger Ausnutzung aller Kräfte. Vor allem muß die Lebensmittelerzeugung und die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden.

Wir haben in der Rede des Finanzministers Vorschläge darüber vernommen, wie er sich die

Deckung des Fehlbetrags

denkt. Die einzige ergiebige Steuerquelle, die Grundsteuer, hat er sich ja selbst verschlossen, indem er sie den Gemeinden überlassen will. Wir müssen eigene Steuerquellen finden. Sehr viel herauszuholen wäre ja aus den Domänen gewesen. Leider hat die vorige Landesversammlung die Selbstbewirtschaftung der Domänen abgelehnt. Ich glaube aber, daß die Not der Zeit auch die Rechtsparteien zwingen wird, auf diese Einnahmequelle später noch zurückzukommen. Im Interesse des ganzen deutschen Volkes muß die Demokratisierung des Verwaltungswesens durchgeführt werden. Der verfassungsmäßige Ausnahmezustand muß in den Teilen Preußens, in denen er noch besteht, so schnell als möglich aufgehoben werden. Auch die Auseinandersetzungen mit dem Hohenzoller-Hause müssen so schnell als möglich beendet werden. Ich möchte hierzu noch einen Rat geben: Wenn man eine Milliarde die man den Hohenzollern nachwerfen gedenkt, für Kriegslasten ausgeben würde, so würde das dem Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volkes entschieden mehr entsprechen. Denn ein Herrscherhaus, wie das der Hohenzollern, das die größte Schuld an der Verlängerung des Krieges und somit auch an den furchtbaren Folgen trägt (Großer Lärm rechts) kann von einem so in der Not stehenden Volke nicht noch Stolz verlangen.

Abg. von Papen (Zentz.): Die hohen Ausgaben für soziale Zwecke sind sehr erfreulich. Mit Genugtuung begrüßen wir die Übernahme der Entschädigung der in Oberschlesien ausscheidenden Beamten durch die Regierung. Die staatlichen Zuschüsse für die Kirche dürfen nicht unersetzlich sein. (Beifall h. Zentz.) Das Anwachsen des Etats für die Gefängnisverwaltung von 39 auf 142 Millionen (Hört, hört! links) gibt ein deutliches Bild der heutigen Zustände.

Abg. von der Osten (Dr.): Das alte System hat in Preußen und Deutschland während der 500-jährigen Regierungszeit eine große Menge Errungenschaften gebracht. Was hat uns aber die Demokratie bisher gebracht? Wir sind heute auf einem Tiefstand völliger Rechtlosigkeit. (Sehr richtig!) Die Ausübung des Abg. Braun bedeuten Kampf nach Innen an Stelle der notwendigen Zentralisierung aller Kräfte nach Außen. (Sehr richtig! rechts.) Die Grundsteuer muß dem Zugriff des Reiches verschont bleiben und die Reichseinkommensteuer anders verteilt werden. Die Durchführung der Pläne des Wirtschaftsministers Schmidt würden eine Enteignung von Privatpersonen bedeuten, die ungünstiger anzusehen wäre.

Abg. Dr. Meines-Ostpreußen (Komm.): Die Unabhängigen haben mit der Übernahme der Verantwortung im Reich endgültig das revolutionäre Fahrwasser verlassen. Die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke sind schon so gering, daß eine weitere Kürzung die Aufgabe jeder Kulturbestrebung bedeuten würde.

Dagegen kostet die Schupo mehr als das ganze Schulwesen.

Für Bespitzung der Bevölkerung werden fünfzig Millionen ausgegeben. Die Beamten der Herren Dominikus und am Zehnhoß haben unseren Parteifreund Scholem nach Hannover zu Loden versucht durch ein Telegramm, daß seine Rutter schwer erkrankt sei. Nach der von der Rechten vertretene Logik, daß Scholem für alle zivilrechtlichen Folgen des politischen Aufrufs verantwortlich zu machen sei, der in dem von ihm redigierten Blatt gestanden hat, müßte man Herrn Dominikus für diese Gefährdung seiner Beamten ins Gesicht speien. (Vizepräsident v. Kries ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. Reid (U.-Soz.):

Die politische Rolle Preußens tritt immer mehr zurück. Entscheidend ist das Reich. Oberschlesien und das Ruhrrevier gehen Preußen nahe an, und doch fällt die Entscheidung von Reich wegen. Für die Arbeiter dürfte es klar sein, welche Rolle die kommunistische Partei im Klassenkampf spielt. Es kommt ihr nicht auf den Kampf gegen die Kapitalisten an, sondern die bekämpfen ihre eigenen Klassenangelegenheiten. Wer das Ultimatum kennt, weiß, daß dessen Forderungen im wesentlichen bereits unerschrieben waren. Die Entwaffnung der Arbeiterschaft immer verlangt, wir haben keinen Anlaß, uns dieser Forderung zu widersetzen, sondern müssen für ihre Durchführung sorgen. Im Reichstag haben die Deutschnationalen und Kommunisten wieder einmal zusammen gestimmt, und zwar aus denselben Motiven. Meine Partei wird die Regierung nicht nur nach ihren Taten beurteilen. Der Finanzminister meint nun, die

Kultur- und sozialen Aufgaben

nicht mehr so reichlich wie bisher erfüllen zu können. Aber für die Schupo sind nicht weniger als zwei Milliarden in den Etat eingestellt worden. Die Schupo sind unsere härteste Kritik durch die vielen Auswüchse, die sich ein Teil derselben hat zu Schulden kommen lassen. In der schändlichsten Weise sind von einzelnen Beamten Personen mißhandelt worden. Viele früheren Offiziere haben bei der Schupo Polizei Anschluß gefunden und machen sie dem militärischen Geiste dienstbar. So wächst sich die Schupo Polizei beinahe immer mehr zu einer öffentlichen Gefahr aus. Im Internierungslager in Stargard sind für einige hundert Ausländer 105 Bewachungsbeamte vorhanden. Das nennt man Sparpolitik! Die Pilze- und Beerenammern sollen höhere Gebühren zahlen, als ob sie Kapitalisten wären. Durch den Geheimfonds von 300 000 M. im Ministerium des Innern werden Spittel gezüchtet; wir werden, wie im vorigen Jahre, die Streichung dieses Fonds beantragen. Wir wünschen die baldige Verlegung des neuen Gemeindeverfassungsgesetzes. Das Bestätigungsrecht für Gemeindebeamte, was vielfach mißbraucht wird, muß beseitigt werden. Wir wenden uns ferner gegen die jetzt beliebte Rechtspredigt, die nur eine Klassenjustiz war, in den letzten Wochen aber zur Justizhande geworden ist, die uns im Auslande diskreditiert (Lärm rechts, Zustimmung links). Schon vor dem Kriege sprach die ausländische Presse von der

preussischen Schandjustiz;

was soll sie jetzt sagen? Wir verlangen die Beseitigung der Ausnahmegerichte. Wir protestieren auch gegen die Neuordnung des früheren preussischen Finanzministers, daß die Vermögensuntersuchung an diejenigen nicht gezahlt wird, die durch einen Streik erwerbslos geworden sind. In die Kommunalverbände sollen 35 Millionen Mark für die Fürsorgeerziehung gege-

ben werden, eine Summe, die sich durch die eigenen Ausgaben der Gemeinden auf etwa 50 Millionen erhöht. Wenn man die Hälfte dieses Geldes für die Vorbereitung verwenden würde, könnte man mehr Segen stiften. Aber der Staat läßt sich schuldig werden und kauft dann. Wir verlangen endlich die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat. Eine Pflicht des Staates, die Kirche mit Geld zu unterstützen, kann heute nicht mehr anerkannt werden. Das heutige republikanische Preußen wird genau so kapitalistisch verwaltet wie das frühere monarchistische. Wenn die Grundsteuer sich zu einer Belastung breiter Schichten auszuwachsen soll, können wir ihr nicht zustimmen. Das Vermögen der Hohenzollern sollte man endlich rektlos für die Kriegsschulden beschlagnahmen. Die ganz bevorstehende Steuererhebung wird wiederum die Tendenz haben, die breiten Schichten zu belasten. Die Lasten müssen aber im wesentlichen von den Besitzenden getragen werden; sollen die Arbeiter mitleidern, so muß der Reallohn erhöht werden. Die Arbeiter müssen sich nicht gegenwärtig jenseitigen, sondern sich einig den Kapitalisten entgegenstellen. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Deier (Dem.): Der Landtag muß mehr Verantwortlichkeit in finanziellen Dingen empfinden; sonst ist es unmöglich, den Etat in Ordnung zu bringen. Eine abwartende Steuerpolitik gegenüber dem Reich wäre verfehlt. Um eine Erhöhung der Grundsteuer werden wir nicht herumkommen. Den Weg der Zwangsverschaffung darf man nicht wieder beschreiten, nur auf der freien Wirtschaft können wir aufbauen. (Lebhafte Zustimmung bei den Dem.)

Ministerpräsident Stöckerwald:

Die Landgemeindeförderung ist fertig, die Städteordnung wird demnächst mit den Städtevertretern besprochen werden. Nach Beendigung beider Gesetze kann der Landtag seine Arbeit an der Verwaltungsreform beginnen, und danach kann man dann auch an eine Reform der preussischen Zentralinstanzen herantreten. Zur Sanierung unserer Finanzen müssen wir zunächst einen gewissen Anteil an der Einkommensteuer bekommen. Ferner muß die Grundsteuer sowohl für die Gemeinden wie für die Länder durchgeführt werden. Die Grundsteuer muß den Ländern und Gemeinden vorbehalten bleiben. Es wird notwendig sein, irgendeine kleinere Steuer zu erhöhen oder einzuführen. Eine Regierungsumbildung halte ich auch heute noch für politisch erwünscht und sachlich notwendig. Der soziale und wirtschaftliche Teil der Revolution befindet sich erst im Anfang. (Sehr richtig! links.) In den letzten 6½ Jahren haben wir ja

nur mit der Pumpwirtschaft gearbeitet.

Bei der enormen Schuldenlast kann nicht so wie bisher Politik gemacht werden, vielmehr müssen die sozialen Umwälzungen von allen Schichten des Volkes getragen werden. Wir müssen aus unserer Wirtschaft herausholen, was herauszuholen ist, und alle Schichten müssen einsehen, daß sie ihre bisherige Lebenshaltung nicht beibehalten können. (Große Unruhe h. d. U. Soz. und Komm.) Mit agitatorischen Schlagworten können Sie (nach links) hier keine Politik machen. Wenn ein Volk einen solchen Krieg liquidieren soll, können nicht die Besitzenden allein die Lasten aufbringen. (Lebhafte Widerspruch und Unruhe links.) In der Frage der Regierungsumbildung kann ich augenblicklich nicht viel tun.

Finanzminister Sämisch: Die Grundsteuer muß den Ländern und Gemeinden überlassen bleiben. Bei einer Besprechung der Landesfinanzminister mit dem Reichsfinanzminister soll eine Aussprache über den möglichen Grad der Anspannung der Grundsteuer herbeigeführt werden.

Abg. Westphal (Welfe): Die Behauptung Reinerts, daß die Deutsch-Hannoveraner sich des Bundesrats schuldig gemacht haben, ist unhaltbar. Ueber die Zukunft Hannovers werden wir im gegebenen Augenblick entscheiden, denn das hannoversche Volk hat ebensoviel Anspruch auf Freiheit wie ein anderes. (Zuruf des Abg. Reinert, Soz.: Sind Sie denn das hannoversche Volk? — Große Heiterkeit.) Unsere Lösung bleibt: Wir wollen gute Deutschen, aber keine Preußen sein. (Gelächter rechts.)

Abg. Reinert (Soz.) persönlich: Ich stelle fest, daß ich die Zustimmung der Welfen abgelehnt habe, bei meiner Tätigkeit als Friedensdelegierter in Versailles für die Selbstständigkeit Hannovers zu wirken.

Das Haus verläßt sich auf Dienstag 11 Uhr: Keine Anfragen, Weiterberatung. — Schluß 6½ Uhr.

Der Prozeß gegen Brandler

Der gestrige Prozeß gegen den Vorsitzenden der K. K. P. D. Heinrich Brandler, erbrachte wiederum den Beweis der völligen Haltlosigkeit der Märzaktion. Die Ausführungen, mit denen Brandler die Beschlüsse der Zentrale der Märzaktion rechtfertigte, bestätigten unsere Auffassung, daß es sich bei der Märzaktion nicht im geringsten um eine wirkliche proletarische Erhebung handelte, sondern um einen künstlich aus dem Nichts inszenierten Putsch. Als völlige Keuzigkeit hörte man geftern, daß es sich bei der Märzaktion nicht um große politische Ziele, wie Beseitigung der Regierung gehandelt habe, sondern um die Erfüllung der sogenannten acht Punkte, die nach dem Kapp-Putsch von den Partei- und Gewerkschaftsvertretern mit der Regierung vereinbart worden waren.

Bis jetzt wußte man, daß diese acht Punkte in der Märzaktion nur eine ganz nebensächliche Rolle spielten und auch die Mehrzahl der Arbeiter in Mitteldeutschland, die das kommunistische Abenteuer mitgemacht haben, haben aus den Parolen der kommunistischen Zentrale wesentlich andere Dinge herausgehört. Das ist es eben, was das Barockspiel der Kommunisten auszeichnet. Zu jeder der zahlreichen Parolen bedarf es ebenso zahlreicher Kommentare, um zu wissen, was die Kommunisten nun wirklich gemollt haben. Die tausende Arbeiter, die die Sprache der Flugblätter und Aufrufe ernst genommen haben, erfahren aus Brandlers Munde, daß es sich eigentlich um ganz harmlose Dinge gehandelt habe. Sie konnten weiter geftern aus dem Munde ihres Parteivorstehenden die Ansicht hören, daß die Diktatur des Proletariats sogar vereinbar mit der deutschen Reichsverfassung und der in ihr gewährleisteten Eigentumsrechte sei. Bisher galt allerdings eine solche Auffassung als glatter Verrat am Proletariat. Sie bezeichnet aber grell die politische Direktionslosigkeit der Kommunisten, die die Massen einfach in den Kampf treiben, ohne sich über das Wie und Woher auch nur einigermaßen klar zu sein.

Das Urteil des Ausnahmegerichts ist zweifellos hart. Das fällt dem System der Ausnahmegerichte zur Last, die wir aufs schärfste bekämpfen. Auch wir haben keinen Anlaß, an dem Idealismus und der Ehrlichkeit Brandlers zu zweifeln, aber wir zweifeln auch nicht an dem hingebenden Idealismus zahlreicher einfacher Arbeiter, die in treuer Befolgung der von der Zentrale ausgegebenen Weisungen vorgingen, ohne sich über deren Tragweite in demselben Maße bewußt zu sein, wie die Mitglieder der Parteizentrale.

Nach der Aussage des sächsischen Wirtschaftsministers Festlich bestätigen die Zeugen Kiedler und Siemens ebenfalls dessen Angaben über den guten Willen Brandlers. Nach der Mittagspause gelangt noch der in Nr. 115 der „Roten Fahne“ erschienene Aufruf der Zentrale der K. K. P. D. an die Oberhäupter zur Befolgung, in dem aufgefordert wird, weder für die Deutschen noch für die polnischen Nationalisten zu stimmen, sondern für die Räterepublik. Zu diesem Aufruf erklärt Brandler, daß es sich hier gewissermaßen nur um eine „Janfasse“ gehandelt habe. Die kommunistische Bewegung in Oberschlesien sei so ungeheuer

schwach, daß die Aufforderung, für die Räterepublik zu stimmen, nur eine symbolische,

aber keine praktische Bedeutung im Sinne der bürgerlichen Realpolitik gehabt habe.

Beweisaufnahme und Zeugenverhör waren nunmehr beendet, und der Staatsanwalt ergreift das Wort zu seinem Plädoyer. Er stellt an den Eingang seiner Darlegungen die Feststellung, daß der Angeklagte sich mit voller Klarheit im Sinne der Anklage schuldig gemacht habe, und zwar in Lateinisch mit Hochverrat. Der Staatsanwalt bezeichnet als Hauptgrundlage der Anklage und des Urteils den Aufruf vom 24. März. Der Angeklagte habe zugegeben, daß die Tendenz der Aufrufe in den Sitzungen der Zentrale festgelegt wurde. Der Staatsanwalt greift dann auf Äußerungen Paul Levis sowie aus Protokollen der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom Februar 1921 einige Stellen heraus, die beweisen sollen, daß K u f l a n d letzten Endes die treibende Kraft der ganzen Aktion gewesen sei. Zwar muß der Staatsanwalt zugeben, daß die Anteilnahme der Zentrale der K. K. P. D. an den Vorgängen in Mitteldeutschland nicht einwandfrei erwiesen sei, ebenfalls nicht der unmittelbare Anteil des Angeklagten. Anders sehe es aber mit dem Aufruf vom 24. März, für den der Angeklagte ja auch die volle Verantwortung übernommen habe, und der eine maßlose Hete gegen die Regierung enthalte. Obwohl der Aufruf im wesentlichen eine defenstive Stellung enthalte, nämlich die Unterstützung der mitteldeutschen Arbeiter, bedeute er doch eine Beihilfe zum Hochverrat, da das, was sich in Mitteldeutschland abspielte, Hochverrat gewesen sei. Das sei gerichtsnotorisch festgestellt. Der Aufruf verlange aber auch eine Offensive mit denselben Zielen wie in Mitteldeutschland. Der Staatsanwalt hält es für erwiesen, daß der Aufruf den gewalttätigen Sturz der Regierung zum Ziele hatte, und daß das auch die Auffassung der Zentrale war, daß es sich nicht um die Vorbereitung, sondern um einen Versuch handele. Der Angeklagte sei also schuldig im Sinne der §§ 81, 82, 110 und 130 des StGB, und der Verurteilung des Reichspräsidenten vom 10. November 1920. Zum Strafmäß bemerke der Staatsanwalt, daß er der Überzeugung sei, daß man

dem Angeklagten eine ehrlöse Gefängnisstrafe nicht vorwerfen könne, daß man ihm also auch keine ehrenrührige Strafe auferlegen könne. Eine Zuchthausstrafe käme also nicht in Frage. Bitte also nur die Festungshaft. Selbst unter Berücksichtigung mildernder Umstände hieße es, die Gefährlichkeit der kommunistischen Bewegung für das Deutsche Reich verkennen, wenn man dem Angeklagten das Mindestmaß von fünf Jahren Festungshaft auferlege. Der Angeklagte sei außerordentlich klug und könne beurteilen, um was es sich jeweils gehandelt habe. Der Staatsanwalt beantragte deshalb 7 Jahre Festungshaft.

Als erster der Verteidiger ergreift das Wort Genosse Dr. Weinberg. Er drückt sein Erstaunen darüber aus, daß der Staatsanwalt zur Stützung der Anklage Material herangezogen habe, das dem Gericht nicht vorgelegen habe, und zu dem der Angeklagte keine Stellung nehmen könne. Das sei noch nie dagewesen. Genosse Weinberg unterzucht, inwiefern die Zugehörigkeit zu einer Körperschaft, die den Aufruf beschlossen hat, überhaupt zur strafrechtlichen Verfolgung möglich ist. Die persönliche Verletzung der Verantwortung gebe keine strafrechtliche Handhabe zu seiner Verfolgung. Der Nachweis einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit sei nicht gelungen, und es müsse aus diesem Grunde Freispruch erfolgen. Der Angeklagte sei berechtigt gewesen, an die Möglichkeit eines Rechtspunktes zu glauben. An keinem der Mitentate seien Mitglieder der kommunistischen Partei beteiligt gewesen. Genosse Weinberg zitiert die amtliche Denkschrift des preussischen Ministeriums des Innern, daß es sich bei den Vorgängen in Mitteldeutschland nicht um eine Aktion mit hochverräterischer Absicht gehandelt habe. Es fehle der Beweis, daß auf gewalttätige Weise die Regierung gestürzt werden sollte. Ganz besonderen Nachdruck legt Genosse Dr. Weinberg auf die Tatsache,

daß das Merkmal der Unmittelbarkeit auf keinen Fall vor-

handen sei. Er zitiert eine Reihe hervorragender Kommentatoren, die die Erfüllung des § 82 des StGB, davon abhängig machen, ob kein Hindernis mehr zu überwinden war. Das passe auf den vorliegenden Fall, die Unmittelbarkeit der Handlung liege nicht vor, könne nicht erwiesen werden; es müsse also auch Freispruch von der Anklage des Hochverrats erfolgen. Es fehle aber auch das konkrete Objekt, dem der Hochverrat zu gelten hätte. In Anbetracht des furchterlichen Strafmaßes ersuchte Genosse Dr. Weinberg das Gericht, im Falle einer Verurteilung die Strafe möglichst niedrig zu bemessen.

Der zweite Verteidiger, Dr. Gareis-Chemnitz, bekennt sich als völlig unpolitischer Mensch. Das ganze tatsächliche Fundament sei vor nichtbedeutendem Aufruf vom 24. März. Es liege aber nicht mehr vor, als das daß der Angeklagte mit seiner Stimme sich für den Generalfreik eingelassen habe. Der Staatsanwalt habe Generalfreik mit bewaffnetem Auffand gleichgesetzt.

Das sei durchaus unrichtig.

Dr. Gareis wünschte den ganzen Fall unter dem Gesichtspunkt behandelt zu wissen, ob die ganze Verantwortlichkeit des Angeklagten darin bestehe, daß er sich des Hochverrats schuldig gemacht habe. Nach seiner subjektiven Auffassung und seiner Kenntnis der Persönlichkeit Brandlers halte er das für ausgeschlossen. Es habe in Chemnitz Zeiten gegeben, wo die ganze öffentliche Ordnung auf Brandler gestellt war, und wo selbst bürgerliche Kreise mit ihrer Anerkennung Brandlers nicht zurückgehalten hätten. Dr. Gareis schloß sich unserem Genossen Dr. Weinberg darin an, daß die Unmittelbarkeit, die unbedingt erforderlich und bewiesen sein müsse, nicht da sei.

In einem kurzen Schlußwort beschäftigte sich Brandler selbst mit den Darlegungen des Staatsanwaltes. Er betonte nochmals, daß er die volle politische Verantwortung für alles, was die Zentrale der K. K. P. D. unternommen habe, übernehme, auch dafür, was er nicht unterschreiben könne. Er scheue nicht das Strafmaß, aber er müsse sich gegen die Unterstellungen wehren, die seinem politischen Handeln unterworfen werden. Er bezeichne die Verordnung Eberths auch heute noch als glatten Verfassungsbruch. Sein Verhängnis sei es, daß der Staatsanwalt den gegenwärtigen politischen Triebkräften und der gesellschaftlichen Neuordnung völlig ahnungslos gegenüberstehe. Er sagte weiter: „In es Hochverrat, wenn wir von der Regierung verlangen, daß sie ein Bündnis mit Sowjetrußland schließt? Wir haben in den verschiedenen Lagen bewiesen, daß es uns nicht darum zu tun ist, in die Regierung zu kommen. Wir wollen erst die Macht, wenn wir die ungeheure Mehrheit des Proletariats hinter uns haben, und zwar durch gewählte Mäe.“

Wir können doch kein Mäesystem errichten ohne Mäe!

Die Diktatur des Proletariats wird nicht den zehnten Teil Gewalt anwenden müssen, wie die heutige Regierung. Die Diktatur des Proletariats ist möglich sogar bei Beibehaltung der deutschen Verfassung. Sie bedeutet, daß die Macht des Proletariats die Politik bestimmt. Der Proletariat der Kapitalisten wird durch die Diktatur des Proletariats verboten werden, und das kann ohne Einschränkung des in der Verfassung gewährleisteten Eigentumsrechtes geschehen. Das ist die Diktatur des Proletariats.

Hiermit ist die Verhandlung erledigt, und das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Nach fast dreiviertelstündiger Dauer verließ die Vorsitzende folgendes:

Urteil:

Wer die Aufrufe unbesangenen durchliest, kommt unbedingt zur Annahme, daß zu einem gewalttätigen Umsturz der Regierung angezogen wird. Die persönliche Verantwortung des Angeklagten hätte es erfordert, daß er seine leitende Stellung ausgedehnt hätte. Die Tatsache, daß er das nicht getan hat, hat das Gericht überzeugt, daß er die Sache gemollt. Darum folgt die juristische Verantwortung. Beim Strafmäß müsse berücksichtigt werden, daß keine ehrlöse Handlung in Frage komme, daß also auf Zuchthaus nicht zu erkennen war. Aber Festung mußte erheblich sein. Das Gericht hat deshalb auf eine Festungshaft von 5 Jahren und Freyung der Kosten erkannt.

Groß-Berlin

Stacheldraht und andere Zäune

* Seit 25 Jahren haben wir mit Hilfe des freisinnigen Magistrats und des großen Wilhelm ein an Denkmälern reiches Stadtbild bekommen. Unsere spärlichen Anlagen sind zu wahren Schmuckstücken umgebaut worden. Vor einigen Wochen sind da in unmittelbarer Nähe eines Denkmals, das in den Schmuckanlagen des Südostens gar nicht überflüssig wirkt, Stacheldraht-Schutzzäune aufgestellt worden; vermutlich zu dem Zweck, die Tafelinschrift „Bürger, schütze deine Anlagen“ zu ergänzen.

Die Wirkung dieser Stacheldrahtzäunung zu beobachten, ist nun interessant. Morgens in aller Frühe, gleich nach der Morgenprache der Sperlinge, Meisen und Drosseln, entströmen den Mietkasernen und Bürgerhäusern unzählige vierbeinige Geschöpfe, die auf die Namen Luz, Schlud, Bessy umhören. Diese „Gefangenen“ der Großstädter, werden fast ohne Ausnahme von einem Freiheitsstimmeln befallen, wenn es ihnen gelingt, von der Leine abzukommen. Zur Förderung ihrer Verdauung und aus anderen Gründen, bilden 20 bis 30 Bierbeiner sofort einen Verein. Die Vereinsmitglieder haben die Herren und Damen sicher von den Menschen gelernt. Da der Magistrat ihnen gutgepflegte Rasenflächen für ihre Zusammenkünfte zur Verfügung stellt, entwickeln sich auf diesen farbenprächtige Bilder. Die Umzäunung wird von den verstreuten Mitbewohnern nicht nur ignoriert, sondern als „Capiteiler“ benutzt. Die geschiederten „Selbstherrlich“ angelegenen Privilegien der Hunde dürfen unsere Jungen und Mädchen nun leider nicht für sich in Anspruch nehmen. Ihnen ist ein ganz beschränkter Buddelpfad zugewiesen worden, der in den Nachmittagsstunden einem Ameisenhaufen gleicht. Wagt nun ein Schlingel, einmal auszubringen, d. h. die schmale Straße der Bürger zu verlassen, die Einzäunung übersteigend, über die großen Rasenflächen zu laufen, so wadein alle Köpfe mit Bärten und Späßen. Die Späßer rufen ganz entsezt: „Stacheldrahtzäun, du mußt 3 Meter höher und außerdem verlängert werden. Magistrat! Schütze uns vor Hund und Kindern!“

Ihr Stadtväter meint es gut, der Schönheitsfuss muß gepflegt werden, darum setzt ihr für gutgepflegte, große Rasenflächen, um unsere Augen darauf wirken zu lassen.

Unser kleiner Platz am Görlitzer Bahnhof wird von einer ungeschönten Kirche fast räumlich erdrückt. Ueber 300 Quadratmeter Rasenfläche dienen zur Verschönerung der Kirche und des Platzes. Für die Kinder sind nur 2 mal 5 Quadratmeter Spielfläche (Holzstäben) freigegeben. Der Mariannenplatz bietet ein ähnliches Bild. Warum wird nicht ein Teil der Rasenflächen ein Spielplatz als Planschbecken und Spielwiese. Zwei „Fonsänen“ auf dem Mariannenplatz stehen trocken. Warum wird nur dem Auge etwas geboten; englische Rasenflächen gehalten und gepflegt, während in den umliegenden Mietkasernen die Lunge vergiftet wird. Laßt den Kindern die Freude, auf größerer Fläche sich auszutoben. Wir können nicht die Jungen und Mädchen auf wenige Stunden ohne Aufsicht nach dem Tiergarten oder nach Treptow schicken. Grüne Spielflächen und Planschbecken, wenn auch in Miniatur, bereiten unserm Nachwuchs Freude und erwecken die Lebenslust.

Die Gültigkeit der Berliner Stadtverordnetenwahlen

Am 18. Juni wird vor dem Oberverwaltungsgericht die Klage der Deutschen Volkspartei gegen die Gültigkeit der Berliner Stadtverordnetenwahlen verhandelt werden. Der Bezirksauswahlschuss als erste Instanz hat bekanntlich entschieden, daß die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen gültig sind. Auf den Widerspruch der Stadtgemeinde muß das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz die Entscheidung fällen. Nach bürgerlichen Presse-äußerungen gewinnt man den Eindruck, daß die bürgerlichen Parteien im Rathaus nun doch sehr erhebliche Zweifel haben, ob sie bei event. Neuwahlen auf ihre Rechnung kommen. Schon jetzt jammern sie darüber, daß die Neuwahlen in der für sie ungünstigen Reisezeit notwendig würden. Sie beschäftigen damit weiter nichts, als daß die Ansetzung der Gültigkeit der Wahlen ihrerseits aus parteiegoistischen Motiven entsprang. Sollte

das Oberverwaltungsgericht entgegen dem Rechtsempfinden die Wahlen für ungültig erklären, dann würden die notwendig zu werdenden Neuwahlen der Bevölkerung eine willkommene Gelegenheit bieten, den bürgerlichen Parteien zu zeigen, daß sie das unsoziale Regime der Bürgerlichen noch sehr gut im Gedächtnis hat.

Freibäder für Erwerbslose

Der Ausschuss zur Vorbereitung des kommunistischen Antrages auf Gewährung unentgeltlicher Benutzung der städtischen Fluss- und Freibäder an Erwerbslose trat Freitag unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Ministerialdirektors Dr. Richter zusammen. Der Vorsitzende gab der lebhaften Mißbilligung des Ausschusses Ausdruck, daß der Magistrat nicht rechtzeitig war, so daß es an den erforderlichen Unterlagen über die Zahl und Benutzung der städtischen Bäder fehlte. Der Ausschuss lehnte den zweiten Teil des kommunistischen Antrages ab, monoch auch den Kurarbeitern die städtischen Bäder unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden sollen, und sprach sich zunächst — ohne ausdrückliche Beschlussfassung — dafür aus, daß den Erwerbslosen die Fluss- und Freibäder an bestimmten Wochentagen und zu bestimmten Stunden unter einer gewissen Kontrolle zugänglich gemacht werden. Zur nächsten Sitzung sollen die zuständigen Stellen des Magistrats um ihre Vertretung und die Beibringung der nötigen Angaben erlucht werden.

Es ist nicht recht verständlich, warum man den Kurarbeitern nicht dasselbe Recht gibt wie den Erwerbslosen, will man etwa behaupten, daß die Kurarbeiter ein viel höheres Einkommen haben als die Unterfützung an Erwerbslose beträgt?

Riesenverkehr in den Freibädern

Der Verkehr in den Freibädern im Grunewald, am Tegeler See, in Grünau und an den anderen Plätzen war am gestrigen Sonntag ganz besonders stark. Im Freibad Wannsee schätzte man die Zahl der Besucher bereits frühmorgens auf etwa 12 000, nachmittags auf 30 000. Einen ähnlich starken Besuch hatten die anderen Freibäder aufzuweisen. Daraus geht also doch zur Genüge hervor, daß die vorhandenen Freibäder dem Bedarf keineswegs genügen. Bei einem solchen Besuch in den Freibädern kann von einer Erholung und Erfrischung keine Rede sein. Wir wiederholen daher unsere Forderung nach Freigabe von anderen ausreichenden Bädern und Beseitigung der vielerorts bestehenden Verbote.

Der städtische Westhafen

Der große Bau des Westhafens am Spandauer Schiffsahrtskanal in Pöppensee, der durch den Krieg die gleiche Unterbrechung erfahren hat wie die Nordbahn, wurde gestern (Montag), durch den Verwaltungsrat für Häfen und Schifffahrt beauftragt. An dem 640 Meter langen Nordbecken des Hafens sind bereits die vorgesehenen drei Lagerhallen fertiggestellt und zwei im Betrieb. Mit ihrer dunkelrot-violetten Klinkerornamentierung und den hohen dunkelgrünen Dächern machen die langgestreckten Hallen einen überaus soliden und freundlichen Eindruck; ebenso befriedigend ist der Eindruck im Innern. Ein großer Teil der Lagerhallen ist bereits vermietet. Die hochragenden Eisenbetonbauten des Getreidespeichers mit 3100 Quadratmetern und des an der Spitze der Hafenzunge zwischen Nord- und Südbecken liegenden Zollspeichers mit 2500 Quadratmetern Grundfläche nähern sich der Vollendung. Ihre massigen Baukörper sind noch vom Gewicht der Holzstützungen verdeckt, werden aber später mit der dunkeln Verblendung und den hellen Sandsteinleisten einen prächtig-stolzen Anblick gewähren. Fertiggestellt sind ferner das Werkstattgebäude und der Lokomotivschuppen, während der Heizungsbau für den Getreidespeicher und zwei Lagerhallen und das Verwaltungsgebäude erst in den Umfassungsmauern dastehen. Die ursprünglich auf 38,7 Millionen veranschlagten Kosten des Westhafens sind durch die Kriegsteuerung natürlich auf das Mehrfache angewachsen und belaufen sich jetzt auf etwa 130 Millionen, wovon etwa die Hälfte verbaut ist. Die Verzögerungspolitik, die vor dem Kriege mit dem Westhafen getrieben wurde, so daß der Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin, für den auch der Westhafen bestimmt ist, weit eher fertiggestellt wurde, rächt sich jetzt für den Berliner Stadtfiskus bitter.

Teuere oder billige Milch?

Für die Milchlieferung der Städte ist der Sommer die günstigste Zeit. Im Herbst nehmen die Lieferungen rapide ab und es steigt die Gefahr, daß dann die Landwirte die durch den Rückgang der Erzeugung geschaffene Notlage zur hemmungslosen Preissteigerung ausnutzen. Um dem zu begegnen und um auch eine größere Nachfrage nach Milch im Herbst und Winter befriedigen zu können, beschließt der Magistrat den Ankauf von 1500 Tonnen Trockenmilchpulver zur Vereitlung der sogenannten Emulsionsmilch. Diese Emulsionsmilch, gegen die anfänglich von den Interessenten Abneigung hervorgerufen wurde, hat sich inzwischen rasch Liebhaber errungen und ihre gute Beschaffenheit,

sowie ihr guter Geschmack wird selbst von ihnen nicht mehr angezweifelt.

Trotzdem sucht die bürgerliche Presse die Magistratsvorlage, die die Bemittlung der Mittel zum Ankauf des Pulvers fordert, anzufechten. Daß damit nur den Absichten der Agrarier und Händler auf Ausweitung der Milchläufer gedient wird, ist klar. Deshalb muß deren Geschrei und erüchtigt bleiben, besonders da ausreichende Mengen Emulsionsmilch die Möglichkeit bieten, die Preise für die Milch herabzudrücken. Notwendig dafür aber ist, daß auch der Magistrat sich bei dem Ablauf von Emulsionsmilch nicht von Gewinnrückichten leiten läßt.

Ein „humaner“ Hauswirt

Im Hause Schönwalder Straße 17, Eigentümer Schreiner, hatte eine Frau Künstler die Portierstelle übernommen. Durch Lohnforderungen geriet nun die Frau mit dem Hauswirt in Streitigkeiten, die zu einer Ermittlungslage führten. Bei der heutigen Rechtsprechung der Herren Richter fiel der Spruch zu Ungunsten des Portiers aus.

Die Frau des Portiers liegt im Krankenhaus, zwei Kinder gehen zur Schule und der Mann versteht seine Arbeit außer Haus. Da kommt das jüngste Kind eines Tages aus der Schule und da entdeckt plötzlich die Mutter, daß sie auch noch ein Herz hat. Berliner Hauswirte waren ja schon immer als sehr liebenswürdig bekannt. Sie bietet also dem Kind Essen an. Der Knabe, der es nicht begreift, daß man es fertig bekommt, die Eltern und Geschwister auf die Straße zu sehen, trotzdem die Mutter im Krankenhaus liegt, lehnt dankend ab, um zu edler denkenden Menschen zu gehen, die ihm schon lange Essen verabreichten. In kindlicher Unwissenheit gibt der Knabe auf Jureden der Mutter dieser den Wohnungsschlüssel ab. Nach einiger Zeit kommt der andere Sohn aus der Schule nach Haus. Der Knabe findet an der Tür die Mitteilung, daß der Gerichtsvollzieher Böttcher, Jennstr. 43, im Auftrage des Herrn Hauswirts die Wohnung ausgeräumt und die Sachen nach der Pfandkammer Schönhauser Str. geschafft hat. Welche Gedanken sich der abends von der Arbeit heimkehrende Mann und Vater gemacht hat, kann man leicht begreifen. Die Frau im Krankenhaus, die Sachen in der Pfandkammer, ohne Besätze, ohne Lebensmittelfasten, denn diese befanden sich im Küchenspind, er selbst und die Kinder auf der Straße. Während auf der einen Seite die Reichen in Luxuswohnungen schlummern, kann der Proletarier mit seiner Familie auf der Straße verenden. Das nennt man Gerechtigkeit.

Während auf der einen Seite die Reichen in Luxuswohnungen schlummern, kann der Proletarier mit seiner Familie auf der Straße verenden. Das nennt man Gerechtigkeit.

Gewerbmäßiges Begleichen der Grabhügel nicht gestattet. Während der letzten Zeit sind des öfteren Personen auf den Friedhöfen betroffen worden, die das Begleichen der Gräber gegen Bezahlung übernommen haben. Es wird darauf hingewiesen, daß dies den Bestimmungen, die auch auf den einzelnen Friedhöfen ausgehängt sind, widerspricht. Das Begleichen darf nur durch die Friedhofsarbeiter gegen Entrichtung der festgesetzten Gebühren erfolgen, denn das Wasser muß von der Stadt bezahlt und den Arbeitern, die nicht entlassen werden dürfen, muß die Arbeit erhalten bleiben. Selbstverständlich bezieht sich das Verbot nicht auf das Begleichen der Gräber von Angehörigen der eigenen Familie usw.

Jugendweihle in Cöpenick. Im Herbst d. J. (voraussichtlich am Sonntag, den 18. September) findet wieder für alle diejenigen Kinder, welche die Schule verlassen, und deren Eltern auf die Zeremonien der Kirche verzichten, eine würdige Jugendweihle statt. Es ergeht hiermit an alle freientenden Eltern von Cöpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Grünau, Bohnsdorf usw. die Aufforderung, die Anmeldungen ihrer in Frage kommenden Kinder sofort, spätestens jedoch bis 15. Juni in der Ausgabeabteilung dieser Zeitung, Cöpenick, Kieker Str. 6, (Schlag), abzugeben, oder in den Unterrichtsstunden unserer Gemeinde, jeden Dienstag von 3—5 Uhr (Schule Wilhelmstraße), jeden Donnerstag von 3—5 Uhr (Schule Borgmannstraße) bemerksstellend zu wollen. Der Vorbereitungsausschuss lomit die Teilnahme an der Jugendweihle kostenlos. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Die Stadt mietet den ganzen Markt. Nachdem der alte Berliner Magistrat im Februar vorigen Jahres den Vorhaben des Marktgebäudes zur Unterbringung des städtischen Ruheparks und der Stadtbibliothek gemietet und in dem alten Marktgebäude in der Breiten Straße 35/36 die Erwerbslosenfürsorge untergebracht hatte, ist jetzt zwischen dem Finanzministerium und dem Magistrat ein neuer Vertrag zustande gekommen, wonach die Stadt das gesamte Marktgebäude mit Ausnahme der an den sogenannten Wohnhof grenzenden Grundstücke Breite Straße 30/31, die der Marktverwaltung verbleiben, für eine Jahresmiete von 280 000 Mark mietet. Dazu tritt noch eine Miete von 21 800 Mark für Räume, die das städtische Aufschlagsamt im Hause Breite Straße 30/31 benötigt. Der neue Vertrag läuft bis Ende März 1930. Außerdem leistet der Fiskus noch einen einmaligen Beitrag zur ersten Ausbesserung der Dachschäden.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Was dem Monarchisten übertragen von Germania zur Welt Copyright by Der Welt-Verlag Berlin-Jahres 1921

(71. Fortsetzung) (Katholik nachlesen)

Garritin hatte etwa hundert Polizisten unter seinem Befehl, die die Menge mit Knüppeln vor sich hertrieben, und die Redner in den Polizeifarren stießen. Peter begab sich in Guffens Bureau, berichtete was geschehen, und erlebte etwas, das ihn an den Tag gemahnte, da Guffey ihm Kell Daolins Brief zeigte. „Wissen Sie, wen Sie verhaftet haben?“ schrie Guffey. „Den Bruder eines Senators der Vereinigten Staaten! Und wissen Sie, was er gesagt hat? Er hat einen Teil der „Unabhängigkeitserklärung“ zitiert!“ Peter verstand nichts, Peter war wie verloren. Durfte ein Mann das Gesetz übertreten, bloß weil er der Bruder eines Senators war? Und ist es nicht einverleib, ob etwas in der „Unabhängigkeitserklärung“ steht oder nicht? War es hochverräterisch und hehlerisch, so durfte es nicht ausgesprochen werden. Der Vorfall machte Guffey und die Polizeiautoritäten der Stadt derart lächerlich, daß Guffey alle seine Leute berief und ihnen erklärte, daß auch den Antitrotten-Handlungen eine Grenze gezogen sei. Man dürfe zum Beispiel einen Mann nicht verhaften, weil er die Bibel zitierte.

„Aber, Jesus Christus, Guffey!“ brach einer aus, „müssen wir denn alle die Bibel auswendig können?“ Alle lachten. „Nein,“ gab Guffey zu. „Aber seid vorsichtig, verhaftet niemanden, der etwas sagt, das klingt, als würde es in der Bibel.“

„Teufel,“ meinte ein anderer, der ein Exprediger war. „Das zieht uns allzu enge Grenzen.“ Schaut euch doch an, was alles in der Bibel steht.“ Er begann zu zitiieren, und Peter bemerkte, fürchtbarere Dinge habe nie ein Bolschewik gesagt. Dies bewies wieder einmal, wie kompliziert das rote Problem war, denn Guffey beharrte darauf, jedes der Bibel entnommene Wort sei immun. „In Winnipeg,“ erzählte er, „wurde ein Geistlicher verhaftet, weil er zwei Strophen aus Jesajas zitiert hatte. Aber es ging nicht an, man mußte den Kerl freilassen.“ Und das gleiche bezog sich auf die „Unabhängigkeitserklärung“, jeder dürfe sie vorlesen, wie aufheuerlich auch immer sie war.

Dasselbe galt von der Konstitution, obgleich ein Teil derselben erklärte, jeder in Amerika dürfe die Dinge tun, für die Guffey und seine Agentur die Leute in den Kerker warfen.

Dies deutete schier wahnsinnig, aber Guffey erklärte, es sei politisch. Gingen sie zu weit, so würden sie Stimmen verlieren, vielleicht sogar ihre Regierung verlieren, und was würde dann aus ihnen werden? Peter hatte sich bisher nie um Politik gekümmert, nun jedoch sahen er und Gladys ein, sie müßten ihren Horizont erweitern. Es genügt nicht, die roten einzulernen und ihnen die Schadel einzuschlagen, man muß sich auch die Sympathie des Publikums zu erhalten wissen, muß dem Publikum begreiflich machen, ein derartiges Vorgehen sei von Räten, muß Propaganda machen, damit das Publikum über die Abscheulichkeit der roten und die Verzuhrtheit deren Pläne im Klaren sei.

Am genauesten erkannte der Generalsstaatsanwalt diese Notwendigkeit. Guffey wies in seiner Rede auf die zweifache Tätigkeit dieses Mannes hin. Er vernichtet nicht bloß die Kommunisten und die kommunistische Arbeiterpartei, sondern benütze auch die seinem Bureau zur Verfügung gestellten Mittel, um das Land mit Propaganda zu überschwemmen, beim Publikum die gebotene Angst vor den roten und deren Plänen wach zu erhalten. In American City arbeiteten seine Leute Daten aus, die Guffey gesammelt hatte, er selbst hielt alle vierzehn Tage irgendwo eine Rede, oder sandte einen Bericht an die Zeitungen, der von neuen Bombenverschwörungen oder von auf den Sturz der Regierung hinführenden Berühmungen erzählte. Und wie klug der Mann vorging: Er suchte sorgfältig die Bilder der häßlichsten roten aus, die sich seit Wochen im Gefängnis nicht hatten rasieren dürfen, deren Stimmung durch zu nahe Bekanntschaft mit dem „dritten Grab“ verbittert worden war, sandte die Bilder in alle Welt, darunter gedruckt: „Dies sind die Leute, die über Euch herrschen wollen!“ Neunundneunzig hundert Zeitungen brachten Reproduktionen, neunundneunzig Millionen Amerikaner waren am Tag, da die Zeitungen erschienen, bereit, alle roten zu ermorden. Der Plan des Generalsstaatsanwalts erwies sich als derart trefflich, daß er hoffte, vermittels desselben zum Präsidenten gewählt zu werden; alle seine Agenturen arbeiteten darauf hin.

Alle Agenturen der großen Geschäftsleute verrichteten die gleiche Arbeit. Erforschten Leben und Charakter aller Präsidienkandidaten; entdeckten sie dabei auch nur einen toja Hauch, so versuchten Guffey und seine Leute Standale

aus dem Leben des Kandidaten aufzuwählen, die Geschäftsleute stellten große Summen zur Verfügung, der Kandidat wurde mit allen Mitteln unmöglich gemacht. Guffens Leute mühten sich stets der Wichtigkeit ihrer Aufgabe bewußt sein, erklärte Guffey, dürften niemals einen Schritt tun, der der politischen Campaigne, der Propaganda für Gesetz und Ordnung schaden könnte.

85.

Ernst stimmte verließ Peter Guffens Bureau; zum erstenmal ward er sich seiner Verantwortlichkeit als Wähler und als Hirte anderer Wähler bewußt. Er und Gladys kamen überein, ihre Ansichten seien zu beschränkt gewesen, er habe seiner Pflicht als Geheimagent noch mit dem Vorkriegsmachtstab gegenüber gestanden. Jetzt muß er erkennen, daß die Welt sich verändert habe, daß in dieser neuen Welt, der die Demokratie geföhrt ist, der Geheimagent der wahre Beherrscher der Gesellschaft, der Herr aller Geschäfte, gleichsam der Vormund der Zivilisation sei. Peter und seine Frau mußten dieser neuen Rolle würdig werden. Sie durften sich natürlich nicht durch persönliche Wünsche beeinflussen lassen, dennoch war es unverkennbar, daß diese erhabeneren Rolle auch gewisse Vorteile mit sich brachte: Sie werden in der Welt vorwärtskommen, mit den „besseren“ Leuten zusammenzutreffen. Sechs Jahre ihres jungen Lebens hatte Gladys die Kägel der Vornehmen poliert und gepflegt und immer hatte in ihrem Herzen der Entschluß gebrannt, auch sie wolle eines Tages der Welt der Vornehmen angehören, diesen Leuten nicht als Untergebene, sondern als Gleichgestellte gegenüberstehen, nicht nur ihre Hände halten, sondern auch fordern können, daß man ihre eigenen, Gladys, Hände halte.

Und nun ergab sich hierzu die Gelegenheit. Gladys hatte eine kurze Unterredung mit Guffey, der völlig mit ihren Plänen einverstanden war; er werde, sagte er, mit Billi Nash, den Sekretär der Liga zur moralischen Hebung Amerikas sprechen. Er hielt Wort. In der folgenden Woche veröffentlichte die „Times“, daß am nächsten Sonntag die Bibelklasse der Männer in der Bethlehemsstraße eine interessante Versammlung abhalten werde. Ein Geheimagent der Regierung, ein einflussreicher Roter, der jahrelang ein gefährlicher Agitator gewesen war, dann aber seinen Irrtum eingesehen und sich zur Ehre der Regierung zur Verfügung gestellt hatte, werde einen Vortrag halten.

(Fortsetzung folgt.)

